

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 35 (2008)
Heft: 1

Artikel: Schweizer Entwicklungshilfe : "Armut soll Geschichte werden"
Autor: Ribi, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910148>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Armut soll Geschichte werden». Eine Welt ohne Armut ist ein alter Traum der Menschheit. Mit der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen soll die Zahl der Menschen in extremer Armut bis 2015 um die Hälfte zurückgehen. «Make Poverty History» fordern weltweit die Hilfsorganisationen. Auch die Schweiz muss jetzt die Entwicklungszusammenarbeit überdenken. Von Rolf Ribi



«Wir bezahlen heute 400 Millionen Franken Entwicklungshilfe allein an Afrika. Über den Nutzen will ich nicht sprechen. Als Mann der Wirtschaft erkenne ich keinen. Wie man mit Afrika verfahren soll, weiß ich nicht. Es sich selbst zu überlassen, wäre eine Möglichkeit.» Was der (inzwischen abgewählte) Bundesrat Christoph Blocher vor Jahresfrist in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates zur schweizerischen Entwicklungshilfe sagte, löste Entrüstung aus.

Eine rasche Antwort kam von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey: «Die Idee, Afrika sich selbst zu überlassen, offenbart eine krasse Unkenntnis in der Sache. Die Entwicklungshilfe in Afrika ist notwendig, und sie ist gut.» Walter Fust, Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), doppelte nach: «Die Afrikaner müssen selber über ihre Entwicklung bestimmen. Doch Afrika sich selber zu überlassen, ist keine Lösung.»

Eine Antwort bekam der Schweizer Bundesrat auch von der tunesischen Botschafterin Khadija R. Masri, welche die 53 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union bei den Vereinten Nationen in Genf vertritt: «So lange Europa nicht zur Verringerung der Agrarsubventionen und der Handelsbarrieren bereit ist, wird sich Afrika nicht aus eigener Kraft helfen können.» In der afrikani-

schen Geschichte stehe Europa vor allem «für den Sklavenhandel, die Kolonisation und die Plünderung unserer Bodenschätze». Entwicklungshilfe bedeute die Abtragung einer historischen Schuld und diene sowohl Afrika wie Europa. «Sonst werden die grossen Migrantenströme nach Europa nicht aufzuhalten sein.»

Petition für mehr Hilfe

Die Kontroverse um Bundesrat Blochers Äusserung zeigt auf, wie umstritten die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt grundsätzlich ist. Das Thema ist auch in der Eidgenossenschaft aktuell: «0,7 Prozent – Gemeinsam gegen Armut!», unter diesem Motto sammelt seit dem vergangenen Sommer die Helvetas, zusammen mit sechzig anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, Unterschriften für eine Petition an Parlament und Bundesrat. Diese «Bittschrift des Volkes» verlangt die Erhöhung der Schweizer Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Weit über 100 000 (!) Bürgerinnen und Bürger haben die Petition im alten Jahr bereits unterschrieben.

«Armut ist ein Skandal», heißt es im Text der Petition. Parlament und Regierung werden aufgefordert, sich stärker zu engagieren, «damit die schlimmste Armut und die Zahl

der Hungernden bis 2015 halbiert werden können». Der Kern der Petition: die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe schrittweise auf 0,7 Prozent und der gezielte Einsatz dieser Mittel zugunsten der Ärmsten dieser Welt und zum Schutz der Umwelt. «Die Bekämpfung der Armut ist ein Gebot der Humanität – und der politischen Vernunft», sagt Melchior Lengsfeld von der Helvetas.

Die Forderung von 0,7 Prozent Entwicklungshilfe der Industrieländer war schon 1970 von den Vereinten Nationen erhoben worden und gilt bis heute als globales Richtmass. Wo steht die wohlhabende Schweiz, deren Banken ein Drittel aller weltweiten Privatvermögen verwalten? Bei den Ausgaben für die Entwicklungshilfe ist unser Land nur Mittelmass: Unter den 22 Mitgliedsländern des Development Assistance Committee (DAC) der OECD liegt unser Land mit 0,46 Prozent Entwicklungshilfe auf Rang 11, in absoluten Zahlen nur auf Rang 15. Andere Länder wie Schweden, Norwegen, die Niederlande und Luxemburg haben das 0,7-Prozent-Ziel schon erreicht oder sogar übertroffen. Die 15 «alten» Mitgliedstaaten der Europäischen Union hatten schon 2005 beschlossen, ihre Entwicklungshilfe auf 0,56 Prozent im Jahr 2010 und auf 0,7 Prozent bis 2015 zu erhöhen.

Schweiz unter Druck

Die Schweiz steht aber unter einem gewissen Zugzwang. Im Jahr 2000 hatten alle Mitgliedstaaten der UNO acht entwicklungs-politische Ziele für das Jahr 2015 beschlossen – auch die Schweiz (vgl. Kasten). Beim achten Ziel wird ausdrücklich eine «grosszügigere öffentliche Entwicklungshilfe» verlangt. Auf dem UNO-Gipfeltreffen von 2005 über die bisherige Erfüllung dieser «Millenniumsziele» erklärte der damalige Bundespräsident Samuel Schmid vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen: «Die Schweiz beabsichtigt, den Prozentsatz, den sie für die öffentliche Entwicklungshilfe ausgibt, nach 2008 zu erhöhen.»

Daraus wird kaum etwas werden – im Gegen teil. Zunächst hatte der Bundesrat mehrmals versprochen, bis zum Jahr 2010 seine Entwicklungshilfe auf 0,4 Prozent zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, griff die Regierung sogar in die statistische Trickkiste: Aufwendungen für Asylsuchende, Ausgaben für die Friedensförderung, Hilfe mit Armee material und vor allem Kosten für die Ent

schuldung gegenüber dem Irak und Nigeria wurden als Entwicklungshilfe ausgewiesen. So stieg die Hilfe plötzlich auf 0,44 Prozent für 2005, ohne dass ein zusätzlicher Franken in die ärmsten Länder geflossen wäre.

Im November 2006 beschloss der Bundesrat, sämtliche Bundesausgaben (ausgenommen die Bildung) höchstens um zwei Prozent pro Jahr zu erhöhen. Damit würde die öffentliche Entwicklungshilfe im Jahr 2015 nur noch 0,37 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmachen. Die Kritik ist nicht ausgeblieben: «Bleibt es bei diesem Beschluss, wird die Schweiz das einzige Land Europas sein, dessen Politik den Millenniumszielen entgegenläuft. Eine solche Haltung wäre international sehr schwierig zu begründen», erklärt Bastienne Joerchel von Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft mehrerer Hilfswerke. Und Eveline Herfkens, Direktorin der UNO-Millenniumskampagne, hält fest: «Aus meiner Sicht zieht die Anerkennung der Millenniumsziele eine moralische Verpflichtung nach sich.»

Konturen der Entwicklungshilfe

Die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe für das Jahr 2006 wird von der OECD mit 104 Milliarden Dollar angegeben. Die Schweiz spielt im globalen Kontext mit knapp 1,55 Milliarden Dollar keine bestimmende, aber doch eine geschätzte Rolle (wie der Dachverband der Wirtschaft économie-suisse feststellt).

Die Entwicklungshilfe des Bundes läuft zur hauptsächlich über die Direktion für Zusammenarbeit und Entwicklung (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). Dies sind die Zahlen für das Jahr 2006: 1,1 Milliarden Franken für die Entwicklungszusammenarbeit, 0,3 Milliarden für die Humanitäre Hilfe und 0,15 Milliarden für die Zusammenarbeit mit Osteuropa. Zählt man die Hilfe an Asylbewerber, die Ausgaben für die Friedensförderung und die Entschuldungsmassnahmen dazu, kommt man auf eine gesamte öffentliche Entwicklungshilfe von gut 2 Milliarden Franken. Rund drei Viertel entfallen auf die bilaterale Hilfe für Länder und Regionen, namentlich in Afrika und Asien, und ein Viertel auf die multilaterale Hilfe an Organisationen der UNO und an andere internationale Entwicklungsinstitutionen.

Die DEZA-Hilfe für den Süden geht an 14 Schwerpunktländer aus dem Kreis der ärmsten Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Das Seco mit seinen wirtschaftlichen und handelspolitischen Massnahmen kon-

zentriert sich auf 10 Schwerpunktländer vorwiegend in Afrika. Die Humanitäre Hilfe des Bundes fliesst hauptsächlich an verschiedene internationale Organisationen (wie das UNO-Welternährungsprogramm und das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge), an das Internationale Rote Kreuz (98 Millionen), an das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe und an schweizerische Nichtregierungs-Organisationen (27 Millionen).

Und was ist mit der privaten Entwicklungshilfe vieler Nichtregierungs-Organisationen, und wie steht es mit der Spendefreudigkeit der Menschen im Lande? Die private Hilfe der Schweiz an Entwicklungsländer, also Beiträge der Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Institutionen, erreichte vor zwei Jahren 413 Millionen Franken oder 0,08 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Die privaten Spenden der Hilfsorganisationen, zu einem grossen Teil direkt bei der Bevölkerung gesammelt, betragen so 55 Franken pro Einwohner – das ist das zweitbeste Ergebnis aller DAC-Länder.

Braucht es die Entwicklungshilfe?

Kein Zweifel – die Armut in Afrika, Lateinamerika und Asien ist gross. «Es gibt drei Milliarden Menschen auf dieser Welt, die mit weniger als zwei Dollar am Tag auskommen müssen. Die Bedürftigkeit ist grenzenlos», bestätigt sogar William Easterly, einer der schärfsten Kritiker staatlicher Entwicklungshilfe. Das bedeutet: Dreitausend Millionen Menschen kämpfen um ihr tägliches Überleben. Armut, Hunger und Verzweiflung gehören zu ihrem Alltag.

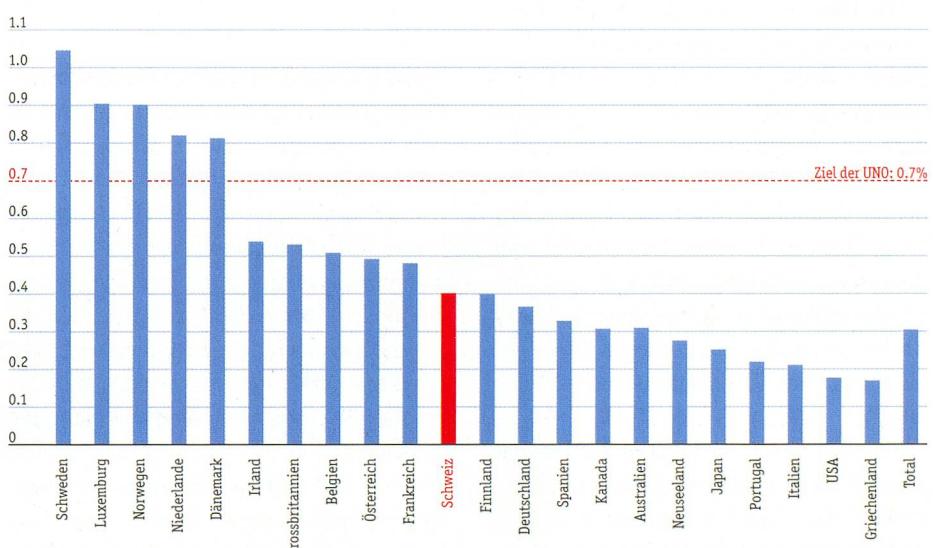
Über die Armut in der Welt gibt es viele

Fakten und Zahlen: 980 Millionen Menschen leben in extremer Armut, sie müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Weltweit leiden über 850 Millionen Menschen an Hunger. Jede Sekunde stirbt ein Mensch an den Folgen der Unterernährung. Jedes Jahr verhungern sechs Millionen Kinder, bevor sie fünf Jahre alt sind. Über eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und über zweieinhalb Milliarden verfügen nicht über sanitäre Einrichtungen. Jede Minute stirbt irgendwo eine Mutter bei der Geburt oder während der Schwangerschaft, weil sie keine medizinische Betreuung hat. Alle 30 Sekunden stirbt ein Mensch an Malaria, obwohl es dagegen Medikamente gäbe.

Kritik an der Entwicklungshilfe

«Entwicklungsländer zeichnen sich dadurch aus, dass es an allem fehlt: an öffentlichen Infrastrukturen, Zugang und Recht auf Wasser, Bildung, Gesundheit und Arbeit», erklärt Peter Niggli, Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud. Obwohl die menschliche Not in der Dritten Welt gross ist, fehlt es nicht an Kritik an der Entwicklungshilfe. Die häufigsten kritischen Argumente und ein paar Antworten:

Trotz einem halben Jahrhundert Entwicklungshilfe ist die Armut in der Dritten Welt noch immer riesig. Das trifft leider zu. Doch die Entwicklungshilfe hat viel erreicht, vor allem bei der Gesundheit und der Bildung, auch in der biologischen Landwirtschaft, bei der Vergabe von Kleinkrediten und bei der Demokratisierung. Heute leben weniger



Entwicklungszusammenarbeit: Die Schweiz im Vergleich (Quelle OECD 2007).

Menschen in extremer Armut (aber immer noch 19 Prozent der Weltbevölkerung). Die Lebenserwartung ist gestiegen, die Kindersterblichkeit ist deutlich zurückgegangen, Krankheiten wie Pocken sind ausgerottet und andere, wie die Kinderlähmung, zurückgedrängt. Die Zahl der Analphabeten ist deutlich gesunken, mehr Kinder beenden die Primarschule. Die Humanitäre Hilfe hat Millionen von Menschen das Überleben ermöglicht. Die Lebensbedingungen von Millionen haben sich dank der Hilfe an der Basis verbessert.

Aber auch dies: Die guten Nachrichten kommen namentlich aus Asien, die «Bad News» aus Afrika. Gerade in Afrika südlich der Sahara ist die Armut auf dem Vormarsch, die Zahl extrem armer Menschen steigt. Die Armut in Afrika bleibt auch deshalb so hartnäckig, weil es dort immer mehr Menschen gibt. Und: Die Bekämpfung der Armut ist nicht immer das Ziel der staatlichen Entwicklungshilfe, denn oft geht es den Geberländern um strategische und wirtschaftliche Interessen (wie den Zugang zu Rohstoffen und Märkten).

Die Entwicklungshilfe trägt nicht zum Wirtschaftswachstum in den Empfängerländern bei. Richtig und falsch zugleich. Asiatische Entwicklungsländer wie China, Indien und Vietnam erreichen in der Tat ein hohes Wirtschaftswachstum. Sie haben offene Märkte und können ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkt anbieten. Zudem haben sie stabile politische Verhältnisse. Die ökologischen und sozialen Kosten des wirtschaftlichen Wachstums sind aber enorm, wie das Beispiel Chinas belegt.

Die klassische Entwicklungshilfe orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist nicht primär das Wirtschaftswachstum, sondern eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung von unten. «Eine Gesellschaft, in der die Grundbedürfnisse wie Wasser, Nahrung, Bildung, Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gedeckt sind, ist eine gute Grundlage für eine funktionierende und wachsende Wirtschaft», schreibt die Helvetas in ihrer Schrift «Armut ist nicht Schicksal».

Für die Länder der Dritten Welt ist der Zugang zu den anderen Märkten lebenswichtig. Die Entwicklungsländer fordern deshalb von den Industriestaaten die Abschaffung von Subventionen für die Land-

MILLENNIUMSZIELE

Alle Staaten der Welt unterzeichneten im Jahr 2000 die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, auch die Schweiz. Acht Millenniumsziele (Millennium Development Goals) verpflichten die Regierungen, die schlimmste Armut und die grösste Not in der Welt bis zum Jahr 2015 zu bekämpfen. Dieses Grundsatzdokument bildet den weltweiten Bezugsrahmen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Das

erste und bekannteste Ziel ist die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers. Die weiteren Ziele lauten: Grundschulbildung für alle, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheit von Müttern, Bekämpfung von Aids, Malaria und anderen Krankheiten, Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, Aufbau einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung

(auch durch eine grosszügige öffentliche Entwicklungshilfe).



Inseratenkampagne der Schweizer Hilfswerke zum Projekt «0,7% – Gemeinsam gegen Armut»

wirtschaft und den Abbau von Einfuhrzöllen. «Es ist wirklich ein Skandal, dass es noch immer so viel Protektionismus gibt gegen Exporte aus armen Ländern», vermerkt auch der Entwicklungshilfekritiker William Easterly.

Die Entwicklungshilfe lähmt die Eigeninitiative und Eigenverantwortung in den Ländern der Dritten Welt. Dieses Argument ist ernst zu nehmen. Da und dort hat die Entwicklungshilfe eine «Bettlermentalität» bei Politikern und an der Basis gefördert. Die heutigen Akteure der Hilfsorganisationen kennen das Problem: «Entwicklungszusammenarbeit ist Hilfe zur Selbsthilfe, sie setzt auf Eigeninitiative und Mitverantwortung», heisst es etwa bei Helvetas. Erst dann, wenn die Bevölkerung ein Projekt aktiv mitträgt, wird geholfen. Doch man weiss: Wer in Armut lebt, muss seine ganze Kraft zuerst für das tägliche Überleben einsetzen.

Entwicklungshilfe nützt nur den korrupten Eliten und bringt den Armen nichts. Ein teils berechtigter Vorwurf. Misswirtschaft und Korruption herrschen gerade in Afrika, dem ärmsten Kontinent. Die Akteure der Entwicklungshilfe sind deshalb vorsichtig geworden: Sie wählen ihre Partner sorgfältig aus, und zu jedem Projektmanagement gehören Überwachung und Finanzkontrolle. Die Hilfswerke arbeiten bewusst mit der Landbevölkerung zusammen und nicht mit den Eliten. Solide Partnerschaften, die Präsenz vor Ort und die Stärkung von «guter Regierungsführung», Demokratie und Rechtssicherheit gehören heute zum Alltag der Entwicklungshelfer.

Das andere Übel ist die Kapitalflucht, nicht zuletzt in die Schweiz. Der Kapitalabfluss aus Afrika wird auf 30 Milliarden Dollar im Jahr geschätzt – das ist mehr als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe von 25 Milliarden für diesen Kontinent. Afrikas Guthaben im Ausland sind höher als seine Auslandsschulden. Die Schweizer Nationalbank verzeichnet 13 Milliarden Franken an Treuhandgeldern aus Afrika, wohl zur Haupt-sache Steuerfluchtgelder.

Hilfe in unserem Interesse

«Entwicklungszusammenarbeit ist eine ethische Pflicht und liegt auch in unserem Interesse», betont Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. «Wenn Menschenrechte verletzt werden, wenn Hunger herrscht und die Menschen keine Hoffnung haben, wächst die Gefahr von Konflikten und Terrorismus. Entwicklungspolitik ist auch eine Investition in unsere eigene Sicherheit und Zukunft.»

DOKUMENTATION

Peter Niggli: Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Rotpunktverlag, 140 Seiten. Fr. 18.-, Euro 11.50 / William Easterly: Wir retten die Welt zu Tode. Für ein professionelles Management im Kampf gegen die Armut. Campus Verlag, 388 Seiten. Fr. 44.-, Euro 24.90 (die amerikanische Originalausgabe «The White Men's Burden» erschien 2006 bei The Penguin Press, New York) / www.deza.admin.ch (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten) / www.seco-cooperation.admin.ch (Staatssekretariat für Wirtschaft, Eidg. Volkswirtschaftsdepartement) / www.alliancesud.ch (Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks) / www.evb.ch (Erklärung von Bern. Entwicklungspolitische Organisation für globale Gerechtigkeit) / www.millenniumcampaign.org (UNO-Millenniumskampagne) / www.gemeinsamgegenarmut.ch (Petition «0,7% – Gemeinsam gegen Armut») Dokumentationszentrum www.doku-zug.ch